

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 05.10.2020

36037 Fulda

Anfrage zur Haushaltssituation und zur Steuerschätzung

Zur Verabschiedung des Haushaltes 2020 erklärte die Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion in ihrer Haushaltsrede: „Der Etat stellt die beeindruckende Zahl von 118,5 Millionen Euro für Investitionen bereit. Die Mittel stehen insbesondere für Kindertagesstätten und den Ausbau der Schulen zur Verfügung. (...) Wir brauchen die besten Voraussetzungen für unsere Kinder und Jugendliche, damit die Qualität in Betreuung und Ausbildung in Fulda auf höchstem Niveau bleibt. Unsere Jugend muss für nachfolgende Ausbildung oder Studium gut vorbereitet werden, und Eltern müssen wissen, dass ihre Kinder an unseren Schulen bestens aufgehoben sind.“ (vgl. Homepage des CDU-Stadtverbandes Fulda, 15.12.2019). Seitdem hat sich die Lage dramatisch verändert. Die Corona-Pandemie hat, gemessen an den ursprünglichen Veranschlagungen (vgl. Haushalt 2020), zu erheblichen Steuereinnahmeausfällen geführt, große Löcher in den Haushalt gerissen und wird es weiter tun. Bereits im Mai teilte Johannes Heller im Namen der Stadt mit, dass mit „drastischen Einnahmeausfällen“ zu rechnen sei und man deshalb „freiwillige Ausgaben und noch nicht begonnene Projekte auf den Prüfstand gestellt“ habe (vgl. fuldaerzeitung.de, 3.5.2020). Anfang Juli schätzte Oberbürgermeister Wingefeld diese Ausfälle auf 21,5 Millionen Euro für das laufende Haushaltsjahr (vgl. fuldainfo.de, 2.7.2020).

Auf der anderen Seite teilten Bundes- und Landesregierung mit, die kommunalen Steuereinnahmehausfälle ausgleichen zu wollen. Dass dies dauerhaft geschieht, scheint allerdings unwahrscheinlich. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Wirtschaftskrise und damit weitere Einnahmeverluste bzw. Ausgabensteigerungen erst noch bevor stehen.

Vor diesem Hintergrund fragt

die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN den Magistrat:

1. Wie sieht die aktuelle und mittelfristige Finanzsituation der Stadt Fulda aus?

2. Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus der sich verschlechternden Haushaltssituation in Bezug auf Steuer-/Hebesätze, „freiwillige Leistungen“, Abgaben, Schuldenaufnahme und Investitionen?
3. Welche Maßnahmen wurden konkret auf den Prüfstand gestellt bzw. gestrichen (bitte detaillierte Übersicht) und was bedeutet das für die o.g. Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten?

Ralf Zwengel